

V-42 Für individuelle Betreuungsmodelle und mehr Unterstützung von Kindern und Eltern

Antragsteller*in: Katja Dörner (KV Bonn)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Deutlich mehr als 100 000 Kinder sind jährlich von Trennungen und Scheidungen ihrer Eltern
- 2 betroffen. Forschungsergebnisse zeigen, dass trotz der gesellschaftlichen Normalisierung von
- 3 Trennungen und Scheidungen problematische Folgen für Kinder insgesamt nicht abgenommen
- 4 haben. Die Belastung der Kinder und Jugendlichen resultiert nicht in erster Linie aus der
- 5 Trennung der Eltern selbst. Vielmehr spielen Elternkonflikte, aber auch finanzielle
- 6 Belastungen und Mangel an Unterstützung im Umfeld der Familie eine große Rolle.
- 7 Eine Betreuungsregelung zu vereinbaren, die dem Kind und seinen Entwicklungsbedürfnissen
- 8 gerecht wird und auch die Lebenssituation der Eltern berücksichtigt, ist oft schwierig.
- 9 Kinder und Eltern brauchen auf diesem Weg ein gutes und qualifiziertes Unterstützungsangebot
- 10 und gegebenenfalls differenzierte gerichtliche Entscheidungen.
- 11 Um ein Betreuungsmodell, das dem Kind gerecht wird, einvernehmlich zu vereinbaren, ist
- 12 Kommunikation und Kooperation der Elternteile nötig, die im Trennungsfall oft nicht leicht
- 13 ist. Daher muss ein qualifiziertes Beratungsangebot zeitnah zur Verfügung stehen, damit die
- 14 Fronten zwischen den Eltern nicht weiter verhärten. Jugendämter und Beratungsstellen müssen
- 15 überall über ausreichend geschultes Personal verfügen, um in hochstrittigen Situationen gut
- 16 agieren zu können. Wir wollen Elternkurse, die den Blick der Eltern auf die Bedürfnisse ihrer Kinder schärfen, stärker fördern. Familien in schwierigen sozialen Lebenslagen
- 17 oder
- 18 mit besonderen gesundheitlichen Belastungen, müssen besonders kompetent unterstützt werden.
- 19 Gerade in diesen Familien führt eine Trennung vergleichsweise oft dazu, dass das Kind den
- 20 Kontakt zu einem Elternteil dauerhaft verliert, aber auch zu einem verstärkten Armutsrisiko.
- 21 Für diese belasteten Familien müssen spezifische Unterstützungsangebote entwickelt werden,
- 22 um die Arbeitsmarktintegration, die Einkommenssituation und/oder die medizinisch/psychosoziale Versorgung der erziehenden Elternteile zu verbessern.
- 23
- 24 Die Forschung zeigt, dass eine gleichmäßige Betreuung durch beide Elternteile nach einer

25 Trennung sowie – bei guter Kooperation – ein Wechselmodell (Doppelresidenzmodell)
mit
26 gleichen oder annähernd gleichen Betreuungsanteilen sich positiv auf die Entwicklung
von
27 Kindern auswirken können. Deshalb sollen Eltern, die ein Wechselmodell anstreben,
besser
28 unterstützt werden. Hierfür ist es nötig, die Beratungsangebote auszubauen. Die
geplante
29 Reform des Unterhaltsrechts muss zum Ziel haben, ein Wechselmodell oder annähernd
gleiche
30 Betreuungsanteile beider Elternteile nicht aus finanziellen Gründen zu erschweren
bzw. die
31 Konflikte der Eltern aus finanziellen Erwägungen anzuheizen. Eltern im SGB-II-Bezug
sollten
32 durch einen Mehrbedarf im SGB-II entlastet werden, damit es armen Familien auch
finanziell
33 ermöglicht wird, dass sich beide Elternteile nach einer Trennung die Betreuung und
Erziehung
34 ihre Kinder teilen.

35 Die Entscheidung, sich Erziehung und Betreuung der Kinder auch nach einer Trennung
zu
36 teilen, fällt oft leichter, wenn die Eltern schon vor der Trennung eine partnerschaftliche
Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit gelebt haben bzw. leben konnten. Ein
37 große
38 Mehrheit der Eltern wünscht sich eine solche partnerschaftliche Aufteilung. Durch den
Ausbau
39 der Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen, durch unserer zeitpolitischen
Instrumente
40 wie die KinderzeitPlus, aber auch durch die Abschaffung hinderlicher Strukturen bspw.
im
41 Steuerrecht wollen wir die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und
Familienarbeit
42 besser ermöglichen.

43 Bei hohem Konfliktpotential nach einer Trennung ist ein Wechselmodell für Kinder oft
sehr
44 belastend und wirkt sich unter dieser Bedingung auf ihre Entwicklung eher negativ
aus. Es
45 wird auch vielen Lebenssituationen von Eltern und Kindern (Wohnsituation, Zwänge
durch
46 Erwerbsarbeitszeiten) nicht gerecht. Kinder und Jugendliche brauchen
anpassungsfähige
47 Settings, bei denen sie selbst mitbestimmen können und keine starren Lösungen.
Wenn sich
48 Eltern nach einer Trennung nicht auf ein Betreuungsmodell einigen können und es zu
einem
49 familiengerichtlichen Verfahren kommt, müssen die konkreten Interessen und
Wünsche der
50 Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt der Entscheidung stehen. Weder das
Wechselmodell noch

- 51 das Residenzmodell eignen sich als Standard. Es ist richtig, dass das Bürgerliche
Gesetzbuch
52 heute gerade kein Standardmodell vorschreibt. Dabei soll es auch bleiben. Sowohl das
53 Residenzmodell als auch das Wechselmodell sowie dazwischen liegende
Betreuungsmodelle können
54 eine Lösung sein, um für ein Kind eine gute Betreuung und Erziehung nach Trennung
der Eltern
55 zu gewährleisten und die Bedürfnisse der beteiligten Familienmitglieder
auszubalancieren.
56 Politische Bestrebungen, das Wechselmodell als gesetzlichen Regelfall im Bürgerlichen
Gesetzbuch zu verankern, zielen darauf ab, dass die Familiengerichte das
57 Wechselmodell
58 faktisch anordnen müssen, wenn keine konkrete Gefährdung für die betroffenen Kinder
und
59 Jugendliche nachzuweisen ist. Dies kann nicht im Interesse der betroffenen Kinder und
60 Jugendlichen sein und entspricht nicht ihren in der UN-Kinderrechtskonvention
verbürgten
61 Rechten, u.a. auf Beteiligung.
- 62 Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder in Trennungssituationen gestärkt werden. Der
Wille der
63 Kinder soll bei der Wahl eines Betreuungsmodells stärker berücksichtigt werden. Das
Kind als
64 Träger eigener subjektiver Rechte hat einen eigenen Willen, den es angemessen zu
65 berücksichtigen gilt. Auch dies spricht klar gegen die Verankerung eines
Standardmodells zur
66 Betreuung nach Trennung und Scheidung im Bürgerlichen Gesetzbuch. Wichtig ist,
Überforderung
67 und Loyalitätskonflikte auf Seiten der Kinder und Jugendlichen in den Blick zu nehmen.
- 68 Eigenständige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder in
Trennungssituationen (z.B.
69 Gruppenangebote) müssen weiterentwickelt werden; für diese Angebote darf es keine
70 Wartelisten geben, sie müssen zeitnah zur Verfügung stehen.
- 71 In Trennungskonflikten muss das Wohl des Kindes im Fokus stehen. Es gilt, Kindern und
72 Jugendlichen nach Trennung der Eltern beide Elternteile soweit wie möglich zu
erhalten.
73 Hierbei sind die Lebenssituationen aller Familienmitglieder zu berücksichtigen, die
74 Bedürfnisse und Interessen der Kinder sind in den Mittelpunkt zu stellen. Eltern und
vor
75 allem die betroffenen Kinder und Jugendlichen müssen in Trennungskonflikten
unterstützt und
76 gestärkt werden.

weitere Antragsteller*innen

Katja Keul (KV Nienburg); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); Henriette Katzenstein (KV Odenwald-Kraichgau); Svenja Rabenstein (KV Köln); Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm); Bernd Schwarz (KV Berlin-Reinickendorf); Simon Pabst (KV Berlin-Pankow); Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Daniel Köbler (KV Mainz); Sven Lehmann (KV Köln); Petra Budke (KV Havelland); Ulle Schauws (KV Krefeld); Ina Rosenthal (KV Berlin-Kreisfrei); Lisa Paus (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Christof Ebrecht (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Sebastian Weise (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Marion Lüttig (KV München); Kerstin Dehne (KV München); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.